

Die Generationenbilanz offenbart das Acht-Billionen-Problem

Stand: 04.07.2019 | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Dorothea Siems**
Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik

Die in den Sozialversicherungen versteckten Verbindlichkeiten übersteigen die offizielle Staatsverschuldung um ein Vielfaches. Im Abschwung wird die wahre Belastung für die Jungen jetzt offensichtlich.

Deutschlands Staatshaushalt ist weit weniger solide, als dies die offizielle Schuldenstatistik suggeriert. Denn in den Sozialkassen stecken langfristige Verbindlichkeiten, die nicht gegenfinanziert sind. Wäre der Staat ein Unternehmen, so müsste er, um all seine gegebenen Sozialversprechen einhalten zu können, entsprechende Rücklagen bilden und zwar in Höhe von knapp acht Billionen Euro.

Dies ist das Ergebnis der aktuellen Generationenbilanz, die der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen ([/wirtschaft/plus186230674/Bernd-Raffelhueschen-Bizarr-hohe-Abgabenquote-fuer-Kinder-und-Enkel.html](https://wirtschaft.plus186230674/Bernd-Raffelhueschen-Bizarr-hohe-Abgabenquote-fuer-Kinder-und-Enkel.html)) alljährlich im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft erstellt. Danach beträgt die in den Sozialkassen versteckte Staatsverschuldung 165 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und ist damit fast dreimal so hoch, wie die offizielle Staatsverschuldung der Bundesrepublik von fast 61 Prozent.

„Beim Eisberg ist nicht der Teil gefährlich, der aus dem Wasser ragt, sondern derjenige, den man nicht sieht“, sagt der Ökonom. Doch nicht nur die Höhe der Gesamtverschuldung von 226 Prozent ist seiner Ansicht nach dramatisch. Auch der sprunghafte Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, wo sie mit 146 Prozent noch deutlich niedriger lag, zeige, dass Deutschland die vergangenen Boomjahre nicht genutzt habe, um seine Staatsfinanzen tragfähig zu gestalten.

Zwar erfüllt die Bundesrepublik mit dem offiziell ausgewiesenen Schuldenstand von gut 60 Prozent wieder den EU-Stabilitätspakt. Doch die versteckte Staatsverschuldung hat sich

gegenüber 2018 verdoppelt. Hier schlägt sich – neben den beschlossenen Renten- und Pflegegesetzen (</debatte/kommentare/plus194068087/Rentenpolitik-Deutschland-naehert-sich-suedeuropaeischen-Verhaeltnissen.html>) – vor allem die neue Steuerschätzung nieder, die nur noch eine gedämpfte Entwicklung bei der Aufkommensentwicklung aufweist.

Zwar werden die Steuereinnahmen voraussichtlich auch in den nächsten Jahren weiter steigen, jedoch weniger stark, als dies in den vorangegangenen Jahren der Fall war. Mit der Konjunkturuntrübung spiegeln sich nun die Folgen der Ausgaben steigernden Sozialpolitik der vergangenen Jahre stärker in der Generationenbilanz nieder, als dies in Zeiten des Aufschwungs der Fall gewesen war.

Generationenbilanz zeigt, dass der Sozialstaat zu teuer ist

„Die aktuelle Generationenbilanz zeigt, dass wir uns den heutigen Sozialstaat auf Dauer gar nicht leisten können“, sagt Raffelhüschen. „Dennoch sattelt die Regierung immer noch drauf.“ Dass den Jüngeren auf diese Weise immer größere Lasten aufgebürdet würden, zeige sich exemplarisch in der Pflegeversicherung. Wie der Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge berechnet hat, wird der Pflegebeitragssatz bis 2060 deutlich ansteigen.

Legt man den Status quo zugrunde, klettert er von jetzt 3,05 Prozent auf über fünf Prozent. Weil jedoch der Kostendruck in der Pflege enorm stark ist und zudem infolge des gesellschaftlichen Wandels ein immer größerer Anteil der Pflegefälle in Zukunft voraussichtlich im Heim betreut wird, geht Raffelhüschen von einem Anstieg des Beitragssatzes auf über acht Prozent aus.

Vor allem die Pflegereformen aus der vergangenen Legislaturperiode, die der damalige Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) durchgesetzt hatte, ließen die Ausgaben in die Höhe schießen. Mit der Einführung der Pflegegrade erhielten nahezu alle Pflegebedürftigen höhere Geldleistungen, die zudem künftig dynamisiert sind. Außerdem wurde der Kreis der Leistungsbezieher kräftig ausgeweitet. Trotz mehrfacher Beitragssatzsteigerungen rutschte die Pflegeversicherung ins Defizit.

Doch die Debatte um die Pflege geht in dieser Legislaturperiode weiter. Auch Gesundheitsminister Jens Spahn (</politik/deutschland/plus184950808/Jens-Spahn-Der-sanfte-Polarisierer.html>) (CDU) drückt kostenträchtige Pflegegesetze durch. So sollen die Kinder künftig weitgehend verschont bleiben, wenn pflegebedürftige Eltern ergänzende Sozialhilfe benötigen.

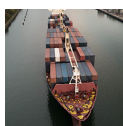
Regierung verteuert die Pflege

Auch soll der Personalschlüssel in der Pflege verbessert werden und die Löhne sollen steigen. Vor allem aber diskutiert die Politik, die in den neunziger Jahren von Ex-Sozialminister Norbert Blüm (CDU) ins Leben gerufene Pflegeversicherung von einer Teilkasko- in eine Vollkaskoversicherung auszubauen.

Als ersten Schritt will man den von den Leistungsempfängern zu erbringenden Eigenanteil festschreiben. Alle künftigen Kostensteigerungen wären dann ausschließlich von der Solidargemeinschaft über Steuern oder Abgaben zu finanzieren.

Raffelhüschen warnt davor, in der Pflegeversicherung diesen Weg zu beschreiten, weil damit die künftigen Beitragszahler endgültig überfordert würden. Der Sozialexperte plädiert stattdessen für eine Reform, die dauerhaft beträchtliche Einsparungen in der Pflegeversicherung zur Folge hätte.

Angesichts einer alternden Gesellschaft sollte man diejenigen, die selbst für einen Teil der Pflegeleistungen aufkommen könnten, finanziell stärker heranziehen, fordert der Ökonom. Dies sollte am besten durch die Einführung einer mehrmonatigen Karenzzeit geschehen.



**Lesen Sie alles Wichtige rund um
Wirtschaft – im täglichen Newsletter der
WELT.**

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/196320839>